

Grega Ferenc und Matteo Neufing*

20 Jahre EU-Osterweiterung: Der Weg zum neuen vereinten Europa

Die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren markierte einen historischen Wendepunkt in Europa nach dem Fall der Berliner Mauer. Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer zur EU führte dort zu beeindruckendem wirtschaftlichen Wachstum, insbesondere in Polen, Tschechien und Slowenien. Die anfänglichen Bedenken bezüglich negativer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Lohnniveau in den alten Mitgliedsländern erwiesen sich als unbegründet. Die politischen Herausforderungen zeigen sich in der dualen Wahrnehmung der EU als Förderer der Demokratie und als Einschränkung nationaler Souveränität. Diese Dualität trug zur Stärkung nationalistischer und populistischer Parteien in einigen Ländern bei. Insgesamt erwies sich die Erweiterung als erfolgreich, jedoch bleiben politische Spannungen ein zu beachtender Aspekt.

HISTORISCHER KONTEXT

Die Berliner Mauer fiel am 9. November 1989 und markierte somit den Zerfall des kommunistischen Blocks und das Ende des Kalten Krieges. Neben der deutschen Wiedervereinigung war dies jedoch auch ein wichtiger Ausgangspunkt für eine spätere „europäische Wiedervereinigung“. Bis 1996 bewarben sich 13 Staaten um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU), darunter drei ehemalige Sowjetrepubliken (Litauen, Lettland und Estland), vier Satellitenstaaten der UdSSR (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) sowie ein Land aus dem ehemaligen blockfreien Jugoslawien (Slowenien). Hinzu kamen noch zwei Inselstaaten im Mittelmeer, Zypern und Malta (Eur-Lex 2007). Nach langen Verhandlungen wurde beim Treffen des Europäischen Rates in Kopenhagen im Jahr 2002 verkündet, dass zehn von den 13 sich bewerbenden Staaten am 1. Mai 2004 als neue Mitgliedsstaaten in die EU eintreten dürfen (Council of the European Union 2003). Damit erfolgte die größte Erweiterung in der Geschichte der EU, begleitet durch Feuerwerke und Feierlichkeiten in den neuen Mitgliedsstaaten (FAZ 2004). Geografisch erweiterte sich die supranationale EU um ca. 23 % und bekam zusätzlich 75 Mill. neue Bürger*innen (EZB 2004).

Wirtschaftlich war das Gewicht der neuen Länder im Vergleich zum Rest der EU eher gering, da sie zusammen etwa 4,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EU zum Zeitpunkt des Beitritts ausmachten. Dies war deutlich weniger als bei der Aufnahme Spaniens und Portugals (8%) in die Union im Jahr 1986 (EZB 2004), weshalb die Osterweiterung in manchen bisherigen Mitgliedsländern auch kritisch betrachtet wurde (Baas und Brückner 2010). Eine Sorge war, dass durch den Eintritt der ökonomisch (teilweise deutlich) schwächeren Volkswirtschaften das Lohnniveau in den älteren Mitgliedsstaaten sinken und die Arbeitslosigkeit steigen würden. Zusätzlich erwarteten einige eine potenziell große Migrationswelle in Richtung der alten EU-Mitgliedsländer, welche insbesondere zu Belastungen der ehemaligen Grenzregionen führen würde (Trettin 2010).

ANPASSUNGSEFFEKTE IN FOLGE DER EU-OSTERWEITERUNG

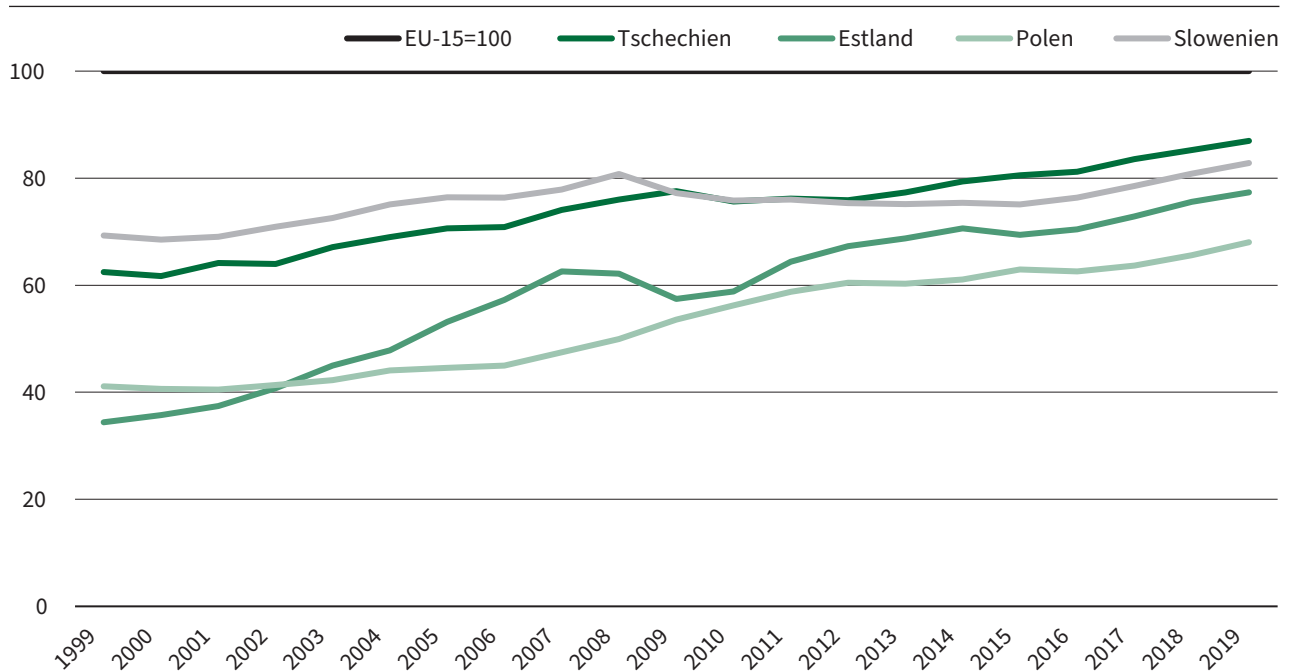
Der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet zeigte sich zuversichtlich, dass in den neuen Mitgliedsländern im Laufe der nächsten Jahre Aufholprozesse stattfinden würden, die die wirtschaftliche Lücke zwischen ihnen und dem Rest der EU verringern würden (EZB 2004). Abbildung 1 zeigt das nominale BIP pro Kopf der EU mit ihren 15 Mitgliedsstaaten von vor der Erweiterung. Dabei ist in jedem Jahr das BIP pro Kopf der EU-15-Staaten gleich 100 gesetzt. Die von Trichet prognostizierten Aufholprozesse der jeweiligen Mitgliedsstaaten sind deutlich sichtbar. Estland schaffte den größten Sprung: von 47,8% des BIP pro Kopf der EU in 2004 auf gut 77% innerhalb von 20 Jahren. Tschechien näherte sich ebenfalls um etwas weniger als 20 Prozentpunkte an die EU-15 an. Slowenien, das Land mit einem der höchsten BIP pro Kopf unter den neuen Mitgliedsländern, holte von 75% auf gut 83% auf (vgl. Abb. 1). Es ist jedoch nicht gänzlich klar, in welchem Maße dieser Aufholprozess auch ohne einen Beitritt in die EU vorstattengegangen wäre. Fakt ist allerdings, es hat ein rapider Aufholprozess in den betroffenen osteuropäischen Staaten stattgefunden, welcher höchstwahrscheinlich durch die Aufnahme in die EU gefördert wurde.

Abbildung 2 zeigt die Wachstumsrate des realen BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2022. Das Jahr 2015 dient als Basisjahr. Die neuen Länder entwickelten sich im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten (EU-15) deutlich dynamischer. Polen verzeichnete beispielsweise nach der Erweiterung 2004 durchweg höhere Wachstumsraten als die alten EU-Staaten. Insbesondere in den unmittelbaren Folgejahren der Aufnahme in die EU erreicht jedes Beitrittsland mindestens eine Periode mit einem Wirtschaftswachstum von über 5%. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg liegt die durchschnittliche Wachstumsrate jedes der gezeigten Länder deutlich über dem

* Grega Ferenc ist Doktorand und Matteo Neufing war zum Zeitpunkt des Erstelens des Beitrags Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der 2004 hinzugekommenen ausgewählten Mitgliedsländer als Anteil des EU-15-pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (in %)*



Anmerkung: * Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Marktpreisen (nominal) unter der Berücksichtigung der Kaufkraftstandards.

Quelle: Eurostat (2024a). Darstellung des ifo Instituts.

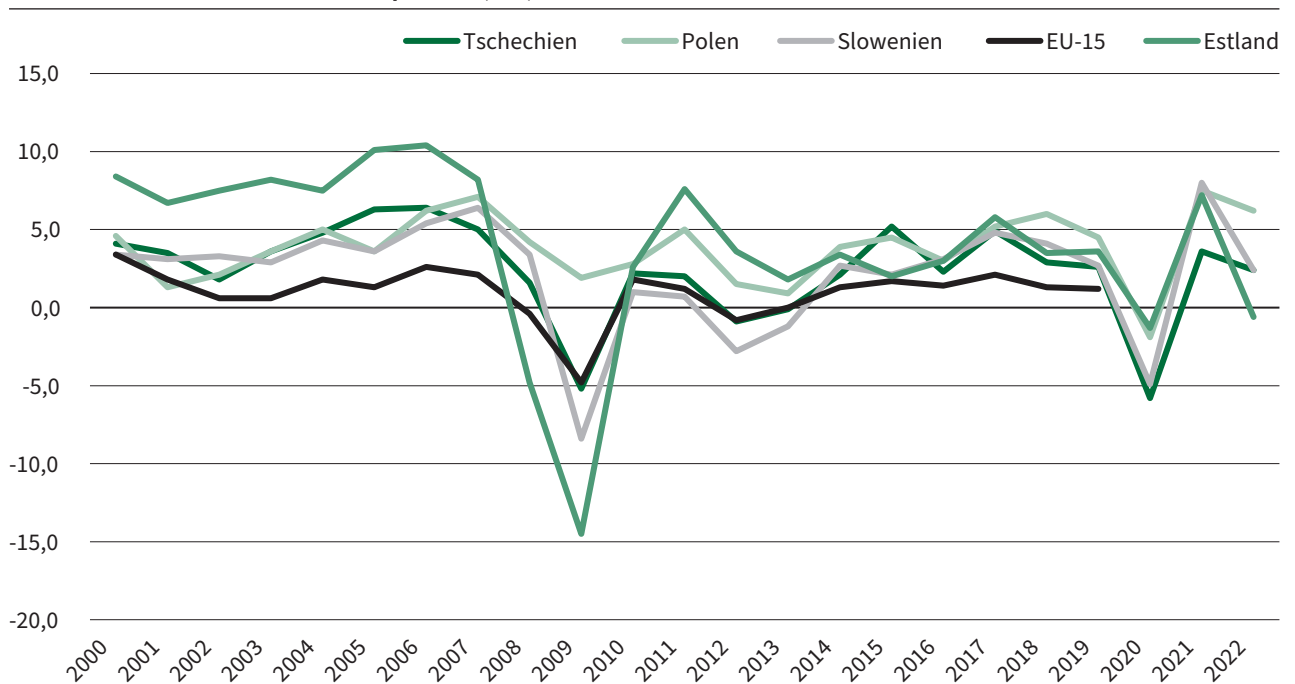
© ifo Institut

Wachstum der EU-15. Gründe dafür dürften, wie durch die EZB prognostiziert, unter anderem die erfolgreiche Transition zu einer funktionierenden Marktwirtschaft sowie die Handelsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit durch den gemein-

samen europäischen Markt sein. Allerdings ist nicht abschließend klar inwiefern der EU-Beitritt für diesen Aufholprozess verantwortlich ist. Ragnitz (2004) argumentierte bereits, dass die Integration der neuen Länder in den europäischen Binnen-

Abb. 2

Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (in %)*



Anmerkung: * Für EU-15 sind Daten ab 2019 nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (2024a). Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

markt weitgehend vor der Erweiterung abgeschlossen war. Insgesamt sah er die Osterweiterung als eine Chance, um strukturelle Reformen in Deutschland schneller voranzubringen.

Die Finanzkrise 2008 ist, mit Ausnahme von Polen, in Abbildung 2 für alle Länder ganz klar ersichtlich. Besonders hart traf es Estland. So schrumpfte das BIP pro Kopf hier im Jahr 2009 um 14,5% (vgl. Abb. 2). Diese drastische Entwicklung lässt sich auf die starke Austeritätspolitik der estnischen Regierung, als Antwort auf die Krise, zurückführen. Mit der Einführung eines festen Wechselkurses zum Euro beschränkte Estland die eigene Handlungsfähigkeit in der Geldpolitik. Hinzu kam eine sparsame Fiskalpolitik, die einerseits Inflation bekämpfen und andererseits die Verschuldung auf einem niedrigen Niveau halten sollte, um einen späteren Eintritt in den Euro (2011) zu ermöglichen (Friedrich und Reiljan 2015).

Entgegen den Bedenken in den alten Mitgliedsländern führte die EU-Osterweiterung zu einem Anstieg des realen BIP in den EU-15-Staaten. Dies zeigten Baas und Brücker (2010) anhand eines makroökonomischen Simulationsmodells, exemplarisch für die Bundesrepublik und das Vereinigte Königreich. Demnach führte die europäische Osterweiterung zu einem Anstieg des realen BIP pro Kopf. Gleichzeitig stiegen auch die Löhne und die Beschäftigung in beiden Volkswirtschaften. Ferner prognostizierte die Literatur der Regionalökonomie, dass Grenzregionen im Zuge der europäischen Integration von neuen Märkten, niedrigeren Transportkosten und durch nun wesentlich mobilere Inputfaktoren, Kapital und Arbeit, profitieren sollten (Wassmann 2016, Brühlhart 2011). Ochsner und Wassmann (2016) bestätigten diese theoretischen Annahmen und zeigten mithilfe der synthetischen Kontrollmethode, dass Regionen in Deutschland, die an neue Mitgliedsländer grenzen, von der Erweiterung profitiert haben. Die Region Chemnitz hat demnach besonders stark von der Erweiterung im Sinne

des Wachstums, gemessen am BIP pro Kopf, profitiert. Für die Region Dresden wurde ebenfalls ein Gewinn identifiziert, allerdings ist dieser aufgrund fehlender statistischer Signifikanz mit Vorsicht zu genießen (Ochsner und Wassmann 2016). Für die Dienstleistungsbranche in Deutschland stellten Braakmann und Vogel (2010) fest, dass die EU-Osterweiterung für kleine ostdeutsche Unternehmen nahe der östlichen Grenze in einem Umsatzzuwachs von 2,3% im Jahr 2004 im Vergleich zu Unternehmen außerhalb der Grenzregionen resultierte. Das deutet darauf hin, dass Globalisierungsgewinne sich nicht nur für große, sondern auch für kleine Unternehmen ergeben können (Braakmann und Vogel 2010).

AUSWIRKUNGEN AUF DEN DEUTSCHEN ARBEITSMARKT UND LÖHNE

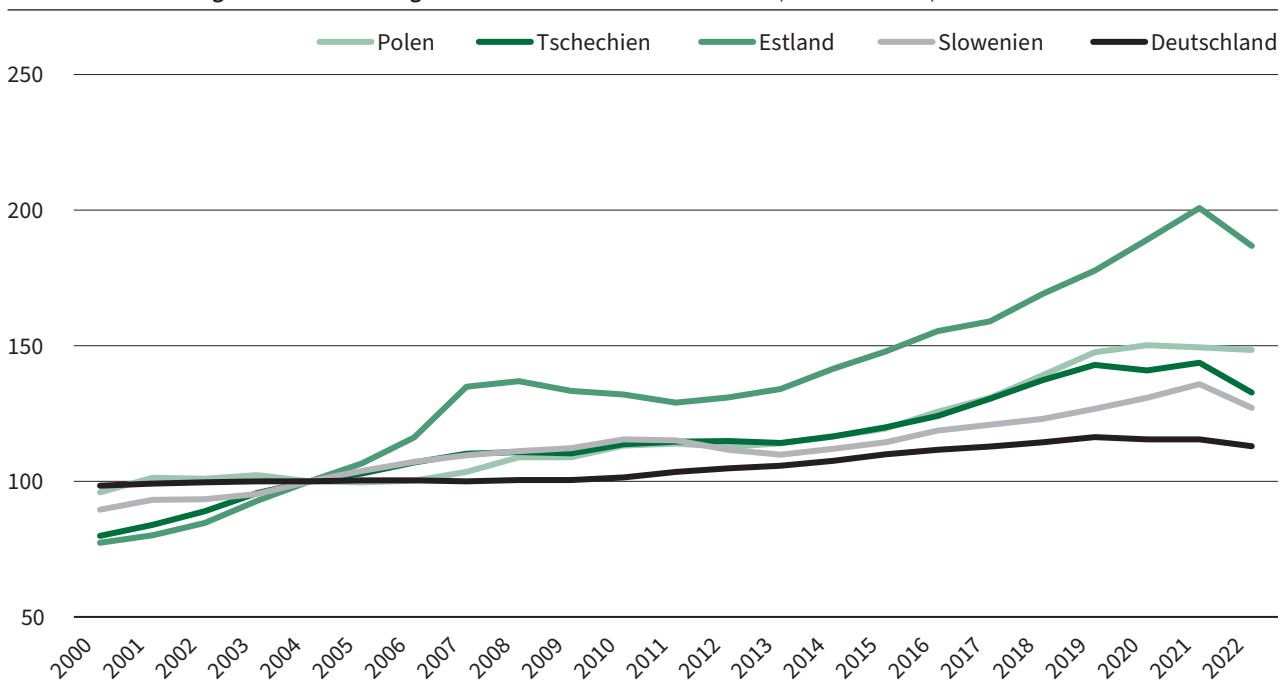
Auch auf dem Arbeitsmarkt gab es deutliche Veränderungen. Nach der Erweiterung der EU im Jahr 2004 sind die jährlichen Bruttolöhne in den neuen Mitgliedsstaaten regelrecht „explodiert“. Abbildung 3 zeigt die Lohnentwicklung als Index in ausgewählten neuen Mitgliedsstaaten. Die Werte sind auf das Jahr 2004 normiert. So sind beispielsweise die Löhne in Estland im Vergleich zum Basisjahr um ganze 87% höher.

In beiden Nachbarländern Deutschlands ist ebenfalls ein positiver Trend erkennbar: in Tschechien stiegen die Löhne um etwa 33% und in Polen sogar um fast 50%. Im Vergleich dazu sind die Löhne in Deutschland im gleichen Zeitraum um 13% gestiegen. Dieser Vergleich ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, da die Unterschiede zwischen den Ländern teilweise immer noch sehr deutlich sind.

Die Sorge um gestiegene Arbeitslosigkeit scheint sich ebenfalls nicht bewahrheitet zu haben. Zwar zeigte Schiman (2021), dass durch den Zufluss von Arbeiter*innen aus den

Abb. 3

Lohnwachstum in ausgewählten neuen Mitgliedsländern zwischen 2000 und 2022 (Index 2004 = 100)



Quelle: OECD (2024). Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

neuen Mitgliedsländern nach Österreich kurzfristig die Arbeitslosenquote gestiegen ist, allerdings stieg gleichzeitig die Gesamtbeschäftigung im Land. Ferner zeigte seine Analyse, dass nicht alle Regionen gleichermaßen durch den Zufluss von Migrant*innen aus den neuen EU-Ländern betroffen waren, sondern die Nähe zur früheren EU-Außengrenze eine wichtige Rolle für die Größe des Effektes spielte (Schiman 2021).

Abbildung 4 stellt die Arbeitslosenquote zwischen 2000 und 2022 in den ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten dar. Was auffällt ist, dass die neuen EU-Mitglieder bereits vor ihrem Eintritt in die EU sinkende Arbeitslosenquoten verzeichneten. Polen gelang mit Abstand die größte Reduktion der Arbeitslosigkeit – während diese zum Zeitpunkt des EU-Eintritts noch im zweistelligen Bereich lag, war sie bereits 2007 unter 10%. Fast 20 Jahre später lag die Quote sogar knapp unter 3%. Auch bei anderen Ländern ist eine ähnliche Entwicklung zu sehen, die zwar etwas weniger deutlich ausgeprägt ist. Auffällig ist jedoch, dass nach der Finanzkrise im Jahr 2008 die Arbeitslosigkeit in allen betrachteten Ländern gestiegen ist, insbesondere aber in Estland, wo sie deutlich im zweistelligen Bereich lag. Auch dies ist auf die angesprochene Austeritätspolitik der estnischen Regierung zurückzuführen. Estland gelangte in erster Linie durch Exportgewinne und ausländische Investitionen aus den skandinavischen Ländern wieder aus der Krise und wurde 2011 Teil des Euroraums (Staeher 2011). Nach 2013 verzeichneten die Länder wieder mehr oder weniger sinkende Arbeitslosenquoten. Im Betrachtungszeitraum erreichte die Arbeitslosenquote in Deutschland ihren Höhepunkt im Jahr 2005 (11,7%). Dies ist allerdings nicht auf eine Zuwanderung aus den östlichen Nachbarländern zurückzuführen. Deutschland öffnete den Arbeitsmarkt für Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten

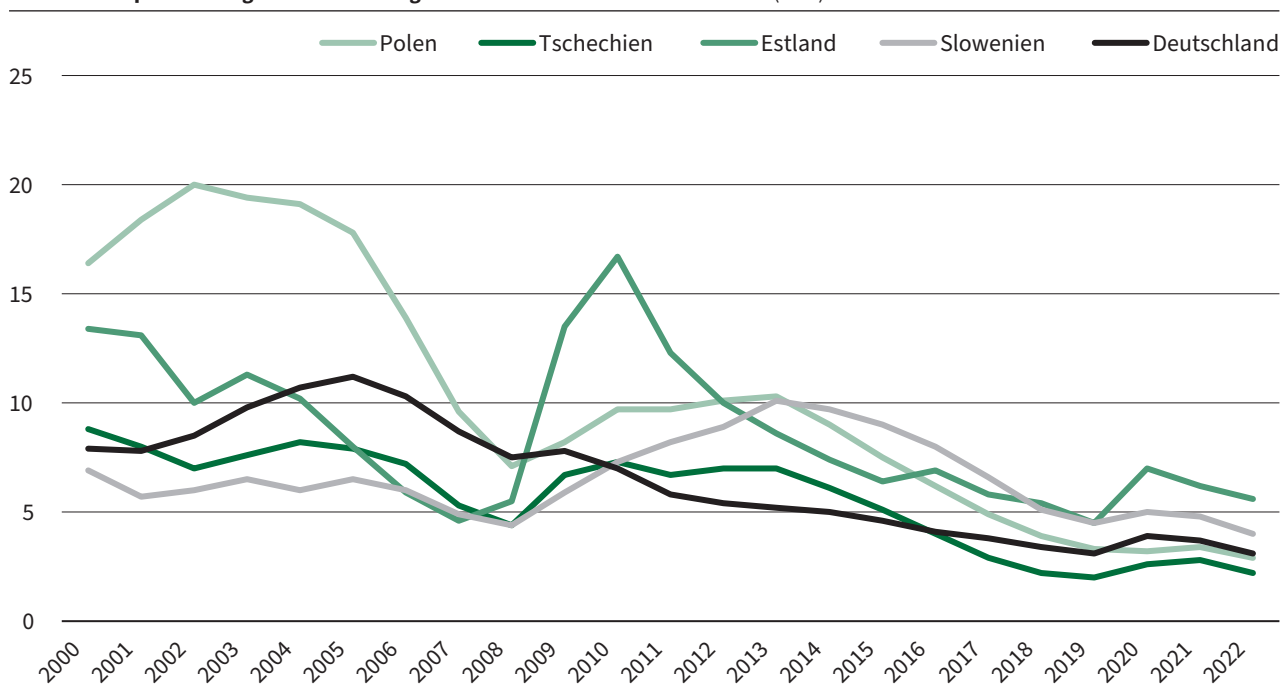
erst 2011 und reizte damit die verhandelte 2+3+2-Regel voll aus, die erlaubte, dass die alten Mitgliedstaaten den Zugang zum Arbeitsmarkt der Arbeitnehmer*innen aus den neuen Mitgliedsstaaten bis zu sieben Jahre beschränkten konnten. Durch die Agenda 2010 und die damit verbundene Hartz-Reform (2005) sank die Arbeitslosenquote nach 2005 kontinuierlich. Diese Entwicklung wurde auch nicht durch eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes 2011 beeinträchtigt.

Die Befürchtungen über große Migrationsströme, die den deutschen Arbeitsmarkt zu sehr belasten würden, erwiesen sich daher als falsch. Mit der sogenannten 2+3+2-Regel wurden den alten Mitgliedsstaaten das Recht eingeräumt, den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten für Arbeiter*innen aus den neuen Mitgliedsländern zu beschränken. Dabei haben Deutschland und Österreich die maximal erlaubte Frist von sieben Jahren vollkommen ausgeschöpft, bevor die Arbeitnehmer*innen aus den EU-8¹ ohne jegliche Beschränkungen in beiden Ländern arbeiten durften (Europäische Kommission 2006). Noch vor dem Fristablauf wurde bei einer vollständigen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes eine jährliche Nettozuwanderung zwischen 153000 und 273000 Personen pro Jahr prognostiziert (Sinn et al. 2001). Die tatsächliche Zuwanderung aus den neuen Mitgliedsländern im ersten Jahr der Arbeitnehmerfreizügigkeit belief sich jedoch auf knapp 80000 Personen (Ragnitz 2024; BAMF 2014).

POLITISCHE DIMENSIONEN DER ERWEITERUNG

Die Erweiterung der EU um die ost- und südosteuropäischen Staaten war auch eine Vereinigung von kapitalistischen Volkswirtschaften und ehemaligen sozialistischen Staaten. Nicht nur

Abb. 4
Arbeitslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten zwischen 2000 und 2022 (in %)*



Anmerkung: * Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 74 Jahren.

Quelle: Eurostat (2024b). Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

aus diesem Grund waren einige Menschen besorgt über die politischen Spannungen, die in einer vergrößerten Europäischen Union entstehen könnten. Malova und Dolny (2008) beschreiben eine zwiespältige Entwicklung der Demokratisierung in den neuen Mitgliedstaaten. Sie sehen aber die EU als einen wichtigen Treiber erfolgreicher demokratischer Konsolidierung. Gleichzeitig hat sie die Wahrnehmung über die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen und Mitbestimmungsrechte getrübt. Dadurch begünstigte sie eine Rückkehr nationalistischer und populistischer Parteien in beispielsweise Ungarn oder Polen (Malova und Dolny 2008).

Eine Diskursanalyse von Belvanger und Schimmelfennig (2021) kommt zu dem Schluss, dass der Erweiterungsdiskurs um zukünftige Erweiterungen im europäischen Parlament und in nationalen Parlamenten abgenommen hat. Allerdings wurde er im Verlauf der 2010er Jahre systematisch entlang der Parteigrenzen politisiert. Demnach sind in erster Linie Mitglieder kulturell konservativer Parteien kritisch gegenüber weiteren Erweiterungsdebatten eingestellt. Ein Unterschied in der vorherrschenden Religiosität zweier Länder verstärkt diesen Effekt (Belvanger und Schimmelfennig (2021).

FAZIT

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren einen bedeutenden Meilenstein in der Geschichte Europas markierte. Wirtschaftlich betrachtet war die Erweiterung ein Erfolg, obwohl anfängliche Bedenken bezüglich der hohen ökonomischen Unterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten geäußert wurden. Die Sorgen umfassten negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Löhne und die Stabilität der EU. Die neuen Mitgliedsländer verzeichneten in den folgenden Jahren beeindruckende Wachstumsraten im BIP pro Kopf, was auf erfolgreiche Transitionen zu Marktwirtschaften und wohl auch auf die Integration in den gemeinsamen europäischen Markt zurückgeführt werden kann. Insbesondere Polen, Tschechien und Estland zeigten eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Finanzkrise von 2008 beeinflusste zwar alle betrachteten Länder, jedoch konnten sie sich insgesamt gut erholen. Der Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zu einer marktorientierten Wirtschaft ist gelungen. Die Sorgen um eine Senkung des Lebensstandards in Deutschland und im restlichen Europa getrieben durch die EU-Osterweiterung bewahrheiteten sich nicht. Durch die europäische Integration profitierten sowohl die neuen Mitgliedstaaten durch einen schnelleren Aufholprozess als auch die EU-15-Staaten, von der Erschließung neuer Absatzmärkte und dem Zulauf von Fach- und Arbeitskräften. Die Angst vor einer übermäßigen Migration oder einer Überlastung des Sozialsystems blieb unbegründet. Eine Rolle dabei dürfte auch die 2+3+2-Regel gespielt haben, die den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer*innen aus den neuen Mitgliedsländern erst schrittweise ermöglichte.

Die politischen Auswirkungen der Erweiterung waren allerdings zweischneidig. Einerseits wurde die EU als Förderer der Demokratie in den neuen Mitgliedstaaten gesehen, andererseits als Einschränkung der nationalen Souveränität. Diese Wahrnehmung könnte dazu beigetragen haben, dass nationa-

listische und populistische Parteien in einigen Ländern an Einfluss gewannen. Insgesamt kann das Fazit gezogen werden, dass die EU-Osterweiterung eine positive Entwicklung für die beteiligten Länder war, die zu wirtschaftlichem Aufschwung, Arbeitsmarktstabilität und politischer Integration führte. Dennoch sind die Herausforderungen und politischen Spannungen in einigen Mitgliedsländern ein Aspekt, der weiterhin aufmerksam beobachtet werden sollte.

LITERATUR

Baas, T. und H. Brücker (2010), „Macroeconomic Impact of Eastern Enlargement on Germany and UK: Evidence from a CGE Model“, *Applied Economics Letters* 17 (2), S. 125-128.

Belanger, M.-E. und F. Schimmelfennig (2021), „Politicization and Rebordering in EU Enlargement: Membership Discourses in European Parliaments“, *Journal of European Public Policy*, 28 (3), S. 407-426.

Braakmann, N. und A. Vogel (2010), „The Impact of the 2004 EU Enlargement on the Performance of Service enterprises in Germany's Eastern Border Region“, *Review of World Economics* 146, S. 75-89.

Brühlhart, M. (2011), „The Spatial Effects of Trade Openness: A Survey“, *Review of World Economics* 86 (1), S.59-83.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014), *Freizügigkeitsmonitoring: Jahresbericht 2014, Migration von EU-Bürgern nach Deutschland*, Download unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2014.html?nn=412056>.

Council of the European Union (Hrsg.) (2003), *Copenhagen European Council 12 and 13 December 2002, Presidency Conclusions*, 15917/02, Brussels.

Eur-Lex (Hrsg.) (2007): *The 2004 Enlargement: The Challenge of a 25-Member EU*, Download unter <https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/the-2004-enlargement-the-challenge-of-a-25-member-eu.html>.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), *Übergangsbestimmungen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Beitrittsvertrag von 2003*, Download unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_06_176.

Eurostat (Hrsg.) (2024a), *Hauptaggregate des BIP pro Kopf, Verkettete Volumen, Veränderung in Prozent zur Vorperiode*, Download unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/-nama_10_pc__custom_9956731/default/table?lang=de.

Eurostat (Hrsg.) (2024b), *Unemployment Rate by Sex, Age, Educational Attainment Level and NUTS 2 Regions (%)*, Download unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/-product/page/lfst_r_lfu3rt__custom_9256982.

EZB – Europäische Zentralbank (Hrsg.) (2004), *EU Enlargement: Challenges and Opportunities, Keynote Speech by Jean-Claude Trichet, President of the ECB Held at the Conference Europe's Frontiers: EU Enlargement – Its Implications and Consequences*, Download unter <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2004/html/sp041027.en.html>.

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (Hrsg.) (2004): *Europa feiert seine Erweiterung*, Download unter <https://www.faz.net/-gpf-ouvy>.

Friedrich, P. und J. Reiljan, J. (2015), „Estonian Economic Policy during Global Financial Crises“, *CESifo Forum*, 16 (4), S. 37-44.

Malova, D. und B. Dolny (2008), „The Eastern Enlargement of the European Union: Challenges to Democracy“, *Human Affairs*, 18, S. 67-80.

Ochsner, C. und P. Wassmann (2016), „Die ökonomischen Effekte der EU-Osterweiterung: Profitieren die Grenzregionen der alten Mitgliedsstaaten?“, *ifo Dresden berichtet* 23 (5), S. 24-31.

OECD (Hrsg.) (2024), „Average Annual Wages“, Download unter https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/data/oecd-employment-and-labour-market-statistics/average-annual-wages_data-00571-en.

Ragnitz, J. (2004), „Beschleunigter Strukturwandel durch EU-Osterweiterung“, *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, RePEc Collection: Vol. 29 - 87, Iss. 3, S. 283-286.

Ragnitz, J. (2024), „Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland“, *ifo Dresden berichtet* 31 (2), S. 9-12.

Schiman, S. (2021), „Labor Supply Shocks and the Beveridge Curve – Empirical Evidence from the EU Enlargement“, *Review of Economic Dynamics*, 40, S. 108-127.

Sinn, H.-W., G. Flaig, M. Werding, S. Munz, N. Düll und H. Hofmann (2001), „EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration, Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte“, *ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung*, 2, ifo Institut, München.

Staehr, K. (2013), „Austerity in the Baltic States During the Global Financial Crisis“, *Intereconomics*, 48, S. 293-302.

Trettin, L. (2010), „Einfluss der EU-Osterweiterung auf den Wettbewerb auf Handwerksmärkten“, *Wirtschaftsdienst* 13, S. 35-42.

Wassmann, P. (2016), „The Economic Effects of the EU Eastern Enlargement on Border Regions in the Old Member States“, *Hannover Economic Papers*, No: 582, S. 1-46.

-
- 1 Die Bezeichnung EU-8 umfasst die acht „kontinentalen“ Neumitglieder der EU, also ohne Malta und Zypern.